

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

(Eingangsstempel)

SPD-Fraktion

Beschlussantrag

zur Behandlung in öffentlicher Sitzung nichtöffentlicher Sitzung

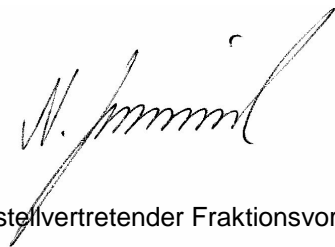
Beschlussgegenstand: Zukunftsorientierte Seniorenpolitik in Brandenburg an der Havel

Beratungsfolge:

<input checked="" type="checkbox"/>	13.03.2014 Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	<input type="checkbox"/>	Rechnungsprüfungsausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>	06.03.2014 Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen	<input type="checkbox"/>	Jugendhilfeausschuss
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, kommunale Beteiligungen und Vergaben	<input type="checkbox"/>	Werksausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>	05.03.2014 Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen		
<input checked="" type="checkbox"/>	12.03.2014 Ausschuss für Stadtentwicklung		
<input type="checkbox"/>	Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften		
<input checked="" type="checkbox"/>	17.03.2014 Hauptausschuss		
<input checked="" type="checkbox"/>	26.03.2014 Stadtverordnetenversammlung		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den in der Anlage beigefügten Rahmenplan für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik in Brandenburg an der Havel.



stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Rahmenplan für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik der Stadt Brandenburg an der Havel

Gliederung:	Seite
Vorwort	2
1. Das Leitbild	3
2. Rahmenbedingungen	3
2.1. Soziografische Entwicklungen	3
2.2. Defizite aufdecken	3
2.3. Ressourcen nutzen	4
3. Inhaltliche Ziele des Rahmenplans	5
3.1. Wohnen, Wohnumfeld und Dienste	5
3.1.1 Wohnen	5
3.1.2 Barrierefreies und seniorengerechtes Wohnumfeld	6
3.1.3 Sicherheit	6
3.1.4 Verkehr	7
3.1.5 Wirtschaft und Handel	7
3.1.6 Mobile Dienste	7
3.2. Bildung, Kommunikation und Teilhabe	7
3.2.1 Bildung	7
3.2.2 Angebote zum Engagement	8
3.2.3 Internet	8
3.2.4 Kultur	8
3.2.5 Tourismus	9
3.2.6 Sport	9
3.3. Gesundheit, Hilfe und Pflege	8
3.3.1 Gesundheit	9
3.3.2 Demenz	9
3.3.3 Selbsthilfegruppen	10
3.3.4 Pflege	10
4. Strukturelle Maßnahmen	11
4.1 Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe	11
4.2 Demografiebericht	11
4.3 Städtische Seniorenberatungsstelle	11
4.4 Seniorenwirtschaft	12
4.5 Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg	12
4.6 Brandenburg ist die Stadt für alle Generationen	12

Vorwort

Brandenburg ist historisch die älteste Stadt im Land und sie hat den höchsten Anteil älterer Menschen. Der Altersdurchschnitt liegt bei über 47 Jahren, deutschlandweit liegt er bei 44,3 Jahren. Ein Drittel ihrer Bewohner sind über 60 Jahre alt. In unserer Stadt leben heute 3.800 über 80-Jährige, 2030 werden es voraussichtlich 6.500 sein. Dann ist jeder 10. Einwohner über 80 Jahre alt.

Trotzdem muss unsere Stadt nicht ‚alt aussehen‘. Unter dem Motto „*Wir sind die Stadt für alle Generationen*“ darf nicht zugelassen werden, dass Gräben zwischen den Generationen entstehen. Jede Generation muss in unserer Heimatstadt die gleiche Wertschätzung genießen, keine darf ‚abgehängt‘ werden – weder die Kinder, Jugendlichen und jungen Familien, noch die Seniorinnen und Senioren. Das zu erreichen erfordert ein großes bürgerschaftliches Engagement und den Willen der Stadtoberen, über die Stadtmauern zu schauen, um zu lernen, wie andere Städte kreativ und professionell den demografischen Wandel als Chance wahrnehmen.

Es ist erfreulich, dass in unserer Stadt immer mehr Menschen alt werden. Wer heute in Rente geht, kann mit weiteren 20 Lebensjahren rechnen. Für diese Lebensphase entsteht ein völlig neues Leitbild. Der Wunsch und Wille zur neuen Selbstverwirklichung im Alter wird immer ausgeprägter.

Die Seniorinnen und Senioren sind in der Regel noch viele Jahre gesund und unternehmungslustig. Sie richten sich in den eigenen vier Wänden auf ein langes Leben ein. Sie besuchen kulturelle Veranstaltungen und sind reisefreudig. Durch gesunde Ernährung, Fitness fördernden Sport und regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen schützen sie ihre Gesundheit. Treten mit zunehmendem Alter Gebrechen auf, so bevorzugen sie die ambulante Pflege.

Viele Seniorinnen und Senioren erleben ihr Altern in solidarischer ehelicher Zweisamkeit; aber viele sind alleinstehend. Um nicht zu vereinsamen, suchen sie die Gesellschaft Anderer. Sie sehnen sich nach einer partnerschaftlichen Beziehung. Manche erleben das Glück der späten Liebe.

Die älteren Menschen in unserer Stadt sind zumeist nicht vermögend. Einige leben sogar in Armut. Doch die meisten Rentner verfügen aufgrund ihres Altersruhegeldes über eine solide materielle Basis für ihre Lebensführung. Sie sind in unserer Stadt als Konsumenten ein stabiler wirtschaftlicher Faktor. Sie unterstützen in den Familien in generationenübergreifender Solidarität die Jüngeren, sie betreuen ihre Enkel bei der Schularbeit.

Viele ältere Menschen engagieren sich helfend in der Nachbarschaft und stabilisieren somit den bürgerschaftlichen Zusammenhalt unserer Stadt. Sie arbeiten ehrenamtlich in den Vereinen und politischen Organisationen. Sie helfen ihren Altersgenossen bei der Bewältigung der Alltagsprobleme und der Durchsetzung ihrer Interessen. Sie sind eine wichtige Stütze unserer Bürgergesellschaft.

Sie stellen einen Großteil der Ehrenamtler, die in unserer Stadt mit ihren freiwilligen Leistungen jährlich einen volkswirtschaftlichen Mehrwert von schätzungsweise 12 Mio. EURO erzeugen.

Das entbindet die Stadtverwaltung jedoch nicht von der Pflicht, Vorsorge zu treffen, damit alle alten Menschen ihren letzten Lebensabschnitt in Würde gestalten können. Hier besteht noch Handlungsbedarf - und trotz Masterplan auch Planungsbedarf! Diese Defizite müssen durch zielgerichtetes Handeln der Stadtverwaltung und durch noch mehr ehrenamtliches Engagement beseitigt werden. Darauf zielt der „*Rahmenplan für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik der Stadt Brandenburg an der Havel*“, den die SPD-Fraktion der SVV zur Beschlussfassung vorlegt.

Er muss die Richtschnur für die Seniorenpolitik unserer Stadt werden, damit wir stolz sagen können: „*Brandenburg ist die Stadt für alle Generationen.*“

1. Das Leitbild

Die Stadtverwaltung - allen voran die Bereiche Stadtentwicklung, Sozialarbeit und Seniorenarbeit - hat die Aufgabe, gemeinsam mit der städtischen Bürgerschaft und der Wirtschaft kreativ und engagiert mit den Folgen des demografischen Wandels umzugehen. Dabei sollten sie sich am **Leitbild einer solidari-schen Stadt** orientieren, das durch zwei Kernpunkte gekennzeichnet ist:

Partizipation

- Alle öffentlichen Räume werden den Seniorinnen und Senioren zugänglich gestaltet. Bauliche und technische Hindernisse werden beseitigt.
- Alle Generationen genießen gleichermaßen öffentliche Wertschätzung. Vorurteile und Diskriminierungen werden abgebaut.
- Alle Bevölkerungsgruppen erhalten die Möglichkeit, sich am öffentlichen Leben und an den kommunalen Entscheidungen zu beteiligen (Bürgerbeteiligung, Bürgerhaushalt).
- Alle strukturellen Hindernisse, die der Beteiligung älterer Menschen an Bildung und Kultur, Freizeitbeschäftigung und Geselligkeit, Gesundheit und einem erträglichen Lebensstandard entgegenstehen, werden überwunden.

Generationensolidarität

- Das gemeinsame Wirken von Jung und Alt dient der nachhaltigen Entwicklung einer solidarischen Stadtgesellschaft.
- Zum gegenseitigen Nutzen werden die unterschiedlichen Stärken der jeweiligen Generation eingesetzt.

Möglichst viele Akteure sind an der Gestaltung einer generationensolidarischen und barrierefreien Stadt zu beteiligen.

2. Rahmenbedingungen

Die soziografischen Entwicklungen in unserer Stadt sind unabwendbar, doch die bestehenden Defizite können beseitigt werden. Dazu müssen die soziale Infrastruktur optimiert und die Ressourcen der älteren Menschen besser als bisher genutzt werden.

2.1. Soziografische Entwicklungen

- **In der Stadt Brandenburg steigt der Anteil der über 65-Jährigen von 26,7 % im Jahr 2012 auf über 34,3 % im Jahr 2030.** Dies geschieht - obwohl bis 2030 die Zahl der über 65-Jährigen nur um 3.600 auf 22.800 zunimmt - da die Einwohnerzahl auf 62.800 sinkt.
- Der Anteil der **Hochbetagten** (über 80-Jährige) wächst von heute 5,3 % bis 2030 auf 10 %, d.h. **2030 wird jeder zehnte Bewohner in unserer Stadt über 80 Jahre alt sein.**
- Die **Einbindung älterer Menschen in die Familien geht zurück.** Die **Zahl der Einpersonenhaushalte** mit älteren Menschen **nimmt zu.**
- Während heute die meisten Rentner noch über genügend Kaufkraft verfügen, werden infolge gebrochener Erwerbsbiografien, Niedriglöhnen, Minijobs und geminderter Leistungen der Rentenversicherung die Altersrenten immer schmaler. Der **Anteil der Altersarmen** wird von **gegenwärtig 2% in den kommenden 10 Jahren auf 6 % der Rentenempfänger steigen.**
- Die **Individualisierung der Gesundheitsrisiken** und die weitere **Rationierung der Gesundheitsleistungen** belasten ältere Menschen zunehmend.
- Mit dem steigenden Anteil Hochbetagter **wächst die Zahl chronisch Kranker und Pflegebedürftiger.**

2.2 Defizite aufdecken

Um in Brandenburg dem Idealbild einer generationensolidarischen Stadt näherzukommen, sind zahlreiche Hindernisse zu beseitigen bzw. zu überwinden.

- Viele Menschen leiden mit dem Älterwerden unter Mobilitätsproblemen.
Trotz erfreulicher Verbesserungen ist **der öffentliche Raum längst noch nicht barrierefrei.**
- Viele ältere Menschen spüren beim Betreten von Parkanlagen und Friedhöfen, Bahnhöfen und ‚finsternen Ecken‘ schon tagsüber Angst. Nach Einbruch der Dunkelheit fürchten sie sich, allein auf die Straße zu gehen. Dies ist keine altersbedingte Ängstlichkeit, sie ist real begründet: Brandenburg a. d. H. gehört bundesweit zu den Städten mit der höchsten Kriminalitätsrate (2007: 13.194 Straftaten pro 100.000 Einwohner; Bundesdurchschnitt 6.786).
Trotz präventiver Maßnahmen lässt die öffentliche Sicherheit noch zu wünschen übrig.
- In Brandenburg gibt es viele **Angebote für Senioren:** Mittagstische, Begegnungsstätten, Seniorentanz und Computercafes, Tages- und Kurzzeitpflege und Pflegeheime:
Trotzdem bestehen in einigen Stadtteilen noch Defizite.
- In unserer Stadt findet die notwendige Demenz-Frühdagnostik zu selten statt. Entlastungsangebote, um pflegende Angehörige vor Überforderung zu schützen, sind rar.
Die Hilfsangebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen sind noch unzureichend.
- Die professionellen Versorgungssysteme stehen zunehmend vor finanziellen Schwierigkeiten.
Durch geeignete Maßnahmen (z. B. Gesundheitsförderung, Prävention, Schulung pflegender Angehöriger, spezielle Ausstattung der Wohnung) **könnte die Notwendigkeit, professionelle pflegerische und medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen, vermieden bzw. hinausgezögert werden.**

2.3 Ressourcen nutzen

Im Zentrum einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik stehen die Förderung von Alterskompetenzen, die Verbesserung der Angebotsstrukturen und Rahmenbedingungen sowie die erweiterten Angebote zur Vermeidung und zur Kompensation von Altersgefährdungen.

Je nach Geschlecht und Gesundheitszustand, Einkommen und sozialem Status, Bildung und Kultur, sozialer Einbindung und gesellschaftlicher Aktivität bedeutet Altsein sehr Verschiedenes. **Doch Alle wünschen sich ein Altern mit größtmöglicher Selbstständigkeit und Selbstbestimmtheit.**

Alte Menschen sind heutzutage eher bereit, Neues auszuprobieren und Gewohntes zu überdenken. Auch bei Schwächung ihrer Fähigkeiten wollen sie über ihre Lebensumstände selbst bestimmen. **Die- sem Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben muss die Seniorenarbeit gerecht werde.**

Für ältere Menschen ist die wohnortnahe, ihren Bedürfnissen entsprechende Infrastruktur wichtig. Je mehr die Stadt Brandenburg generationensolidarisch und barrierefrei gestaltet wird, altersgerechte Wohnungen und Dienstleistungen angeboten werden, um so besser geht es den hier lebenden älteren Menschen, um so größer ist die Attraktivität der Stadt Brandenburg für das Umland, um so verlockender ist es für manche, die nach der Wende der Arbeit wegen in den Westen abwanderten, als Rentner in ihre alte Heimat zurückzukehren.

Damit sich in unserer Stadt eine **Bürgergesellschaft** entwickelt, in der die Bürger nicht nur ihre Rechte beanspruchen, sondern auch bereit sind, Pflichten zu übernehmen, dürfen **Seniorinnen und Senioren** nicht Objekte von Politik und Wirtschaft sein, sondern sie **müssen zu Mitgestaltern der kommunalen Verhältnisse werden. Es geht um Partizipation**, um die Beantwortung der Fragen:

- „Was können Seniorinnen und Senioren für Brandenburg tun?“
- „Was kann die Stadt für ihre älteren Menschen leisten?“

Die heutige Senioren generation besitzt viel Erfahrungswissen und Kompetenz.

Sie bildet den Kern der politisch Aktiven und Ehrenamtlichen. Sie ist gebildeter, aktiver und altert später als zu früherer Zeit. Diese Ressourcen muss die Stadt nutzen. Schon jetzt arbeiten Seniorinnen und Senioren ehrenamtlich in Sport- und Kulturvereinen, karitativen und sozialen Organisationen, Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen. Dabei zielt ein Großteil ihrer Ehrenamtsarbeit auf ihre Altersgenossinnen und -genossen. Schon jetzt bestehen vielfältige soziale Netzwerke zugunsten der Älteren und Hilfsbedürftigen. Deren **wichtigster Knotenpunkt ist der Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg. Dessen Ziel ist, die Seniorenarbeit in der Stadt Brandenburg zu optimieren.**

Die Seniorenarbeit sollte dem neuesten Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse entsprechen. Deshalb sind **Kontakte zu den gerontologischen Kompetenzzentren** der *Humboldt-Universität Berlin* und der *Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg* zu knüpfen, wo zu den Bereichen Gerontologie, Pflegewissenschaft und Sozialarbeit geforscht und gelehrt wird.

Gleichzeitig sollte die **projektbezogene Zusammenarbeit** mit der *Fachhochschule Brandenburg* (Nutzung der Medizininformatik für ältere Menschen) und mit der *Fachhochschule Potsdam* (Sozialmanagement und ‚Soziale Gerontologie‘) gesucht werden.

Die Einwohnerzahl der Stadt Brandenburg sinkt. Somit werden Gebäude frei und es wird möglich, neue **Wohnprojekte zu schaffen**, in denen auch ältere Menschen mit gesundheitlich bedingten Einschränkungen selbstständig leben können. Kooperationen mit der örtlichen Wohnungswirtschaft bieten hierzu Chancen.

Handwerk, Handel, Dienstleister und Wohlfahrtsverbände können neue Märkte erschließen: durch barrierefreie altengerechte Gestaltung der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Kaufhallen; durch neuartige Dienstleistungen für ältere Menschen; durch wohnortnahe Begegnungsstätten.

Die meisten Pflegebedürftigen werden in unserer Stadt zu Hause durch Angehörige und freiwillige Helfer umsorgt. Diese Unterstützung gerät - nicht zuletzt auch wegen der Überalterung unserer Stadt - an Kapazitätsgrenzen. Professionelle Angebote müssen mehr und mehr beansprucht werden. Dies führt zu deutlichen **Beschäftigungseffekten.**

3. Inhaltliche Ziele des Rahmenplans

Übergreifend geht es um

- *den langfristigen Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen,*
- *die Förderung und bessere Nutzung der Ressourcen älterer Menschen,*
- *die Förderung der Seniorenwirtschaft.*

3.1. Wohnen und Wohnumfeld

Unsere Stadt ist dann für alle Generationen ein attraktiver Wohnort, wenn die technischen und sozialen Infrastrukturen ebenso wie Einkaufsstätten und Dienstleister gut erreichbar sind, und wenn es gelingt, die Wohn- und Lebensqualität zu erhöhen.

3.1.1 Wohnen

Die Wohnungen sind den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechend zu gestalten. Hier leistete die städtische Wohnungsgesellschaft WOBRA Pionierarbeit. Auch die Angebote der WBG, der ‚Wohnungsgenossenschaft EINHEIT‘ und der ‚Baugenossenschaft Kirchmöser‘ sind Spitze. Trotzdem muss die Stadtverwaltung weiterhin die Wohnungswirtschaft animieren, mit intelligenten Angeboten dem unterschiedlichen Wohnbedarf der älteren und alten Menschen zu entsprechen, denn die meisten von ihnen wollen solange wie möglich eigenständig und selbstbestimmt wohnen. Dies muss im Blickpunkt des zukünftigen Wohnungsumbaus und der Stadtquartierentwicklung stehen. Trotzdem wird es auch

zukünftig eine Nachfrage nach seniorengerechten Einzelwohnungen, Wohngruppen/ Wohngemeinschaften, ‚Betreutem Wohnen‘ sowie Pflege- und Seniorenheimen geben.

„Normales Wohnen“ und Seniorenwohnen im Bestand umfasst das Wohnen zur Miete genauso wie das Wohnen im Eigentum. Indem ‚normaler‘ Wohnraum auf den differenzierten Bedarf älterer Menschen zugeschnitten und ggf. umgebaut wird, kann deren Verbleib im gewohnten Wohnumfeld erreicht werden. Hierfür müssen die Wohnungen barrierefrei zu erreichen sein. Wohnungseigentümer sollten also frühzeitig über Nachrüstungen oder Umbauarbeiten nachdenken, um die Mieter auch bei zunehmendem Alter zu halten und so eine langfristige Vermietung ihres Eigentums zu erreichen.

Für die Seniorinnen und Senioren, die in einer Wohnung leben, die nicht mehr ihren Bedürfnissen entspricht, sollte seitens der Stadt bzw. durch die Wohnungswirtschaft eine Beratung zur Wohnraumanpassung angeboten werden. Gleiches gilt auch für die Aufklärung über Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in der Wohnung durch die Nutzung technischer Hilfsmittel.

Gemeinschaftliches Wohnen

Die Großfamilien, in der mehrere Generationen zusammenleben, sind heute die Ausnahme. Nicht wenige Menschen wollen im Alter eigene Träume und Lebensvorstellungen verwirklichen und ihre Lebenserfahrungen in eine Gemeinschaft einbringen. Um neue Formen zu finden, die den Kontakt zwischen den Menschen und die gegenseitige Unterstützung fördern, ist Eigeninitiative gefragt. Bundesweit gibt es viele Beispiele, wie das gemeinschaftliche Wohnen gelingen kann.

Wohnanlagen für Senioren

Ältere Menschen mit körperlichen oder auch geistigen Einschränkungen (Handicaps) möchten zwar barrierefrei wohnen, vorzugsweise aber in einer von ihnen frei gewählten Wohnung - am liebsten in der Gegend, in der sie in jüngeren Jahren gelebt haben. Mehrgenerationenhäuser sind gefragt. Trotzdem besteht weiterhin eine Nachfrage nach dem Wohnen in ‚Seniorenanlagen‘. Daher sollte die Stadtverwaltung potentielle Bauherren beim Finden geeigneter Liegenschaften unterstützen.

Betreutes Wohnen

In dieser Wohnform werden den älteren Menschen mit der gemieteten Wohnung verschiedene Serviceleistungen als Grund- und Wahlleistungen angeboten. Häufig ist ein ambulanter Pflegedienst im Haus integriert. So können bei Pflegebedürftigkeit Hochbetagte ihr Leben in eigener Häuslichkeit gestalten.

3.1.2 Barrierefreies und seniorengerechtes Wohnumfeld

Der barrierefrei gestaltete öffentliche Raum ist eine wichtige Voraussetzung für die selbstbestimmte Teilnahme behinderter und älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben. Barrierefreiheit nutzt allen. Wer einen Kinderwagen schiebt oder Gepäck trägt, wer durch eine vorübergehende Beeinträchtigung nach einem Unfall oder dauerhaft in seiner Mobilität eingeschränkt ist – **alle** werden durch Hindernisse im öffentlichen Raum beeinträchtigt. Sie **gewinnen durch Barrierefreiheit** wieder **Bewegungsfreiheit**. Die SVV der Stadt Brandenburg sollte eine ‚**Checkliste barrierefreies Planen und Bauen in kommunaler Verantwortung**‘ beschließen, worin verbindliche Standards festgeschrieben werden. Private Bauherren, Architekten und Planer, Betriebe, Unternehmen und Eigentümer sind aufzufordern, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Abbau von Barrieren zu beteiligen. Hier kommt der Bauverwaltung eine wichtige Beratungsfunktion zu.

Für ältere Menschen müssen **in naher Umgebung Einkaufsmöglichkeiten** für den alltäglichen Bedarf sowie Anbieter von **Dienstleistungen** und **Begegnungsstätten** erreichbar sein, denn mit dem Altern schwindet die Fahrtüchtigkeit und aus finanziellen Gründen nimmt die Zahl älterer Menschen ohne eigenem Auto zu.

3.1.3 Sicherheit

Wer ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben führen will, muss sich auch außerhalb der Wohnung sicher bewegen können. Daher sind die polizeilichen und städtischen Maßnahmen zur Kriminalitätsprävention und -bekämpfung zu verbessern, Präventionsprojekte wie ‚*Aufmerksame Nachbarschaft*‘ und die Ausbildung von ‚*Präventionshelfer*‘ zu initiieren. Bei stadtplanerischen und baulichen Maßnahmen sind die Sicherheitsinteressen zu berücksichtigen.

3.1.4 Verkehr

Die Zahl der Älteren und der Hochbetagten wächst. Deren Zugang zu öffentlichen Einrichtungen sowie ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Ereignissen setzt voraus, dass sie sich möglichst frei, sicher und autark in ihrer Umgebung bewegen können.

Dem dienen **unkompliziert nutzbare** und **altersgerechte ÖPNV-Angebote**. Hierzu zählen:

- zeitlich flexible Angebote zu Geschäfts- und Marktöffnungszeiten, für Arztbesuche und zu Abendaktivitäten,
- räumlich flexible Angebote zum nächsten Laden (Grundversorgung), ins nächste Zentrum, zum Arzt bzw. Krankenhaus,
- verkehrssichere Angebote wie sichere Zu- und Abgangswege zu den Haltestellen und bequeme Ein- und Ausstiege in Fahrzeuge sowie Begleit-Service,
- barrierefreie Angebote (Haltestellen, Fahrzeuge, Bereitstellen von Informationen für Menschen mit unterschiedlicher Behinderung im Sehen, Hören u.a.)

Auch die städtische **Verkehrsplanung** muss die Belange älterer Menschen beachten: Erreichbarkeit infrastrukturelle Einrichtungen, Orientierungshilfen, Querungshilfen, Bordsteinabsenkungen, Sicherheit gegen hohe Geschwindigkeiten etc..

3.1.5 Wirtschaft und Handel

Alte sind nicht nur älter gewordene Menschen, sondern zugleich auch ‚die alten geblieben‘. Spezielle Bedürfnisse älterer Menschen und differenzierte Lebensstile sind zu beachten. Die Wirtschaft muss sich auf eine älter werdende Gesellschaft mit veränderter Nachfrage einstellen. Durch die Herstellung altengerechter Produkte und das Angebot spezieller Dienstleistungen für ältere Menschen eröffnen sich neue Geschäftsfelder. Insbesondere der **Einzelhandel** ist zu sensibilisieren, seine Waren in Verpackung, Beschriftung und Darbietung altengerecht anzubieten und ältere Kunden qualifiziert zu beraten.

3.1.6 Mobile Dienste

Dienste wie Hausnotruf, Pflegedienst, Mahlzeitendienst, Putzhilfe, Einkaufs- und Begleitdienst, Warenanlieferung ins Haus, Alltagstechniken, Wohnumgebung mit elektronischer Steuerungstechnik, technische Aktivierungs- und Kommunikationsangebote ermöglichen ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter. Solche Dienstleistungen und Produkte müssen von älteren Menschen problemlos unter Berücksichtigung ihres Sicherheitsbedürfnisses genutzt werden können. Die Dienstleister müssen lernen, mit älteren Menschen umzugehen. Die Dienstleistungen sollten aus einer Hand angeboten werden und die Dienstleistungspakete auf den jeweiligen individuellen Bedarf zugeschnitten werden. Dies ist Aufgabe der **Seniorenwirtschaft**. Branchennetzwerke könnten den Zugang zu den Diensten erleichtern. Eine städtische Seniorenberatungsstelle sollte über die Vielzahl und Qualität der Angebote informieren.

3.2 Bildung, Kommunikation und Teilhabe

Sind die Grundbedürfnisse Ernährung und Wohnung befriedigt, geben Seniorinnen und Senioren am Häufigsten Geld für die Freizeitgestaltung aus. Neben Bildung, Kommunikation, Kultur und Tourismus werden generationsübergreifende Angebote im Sport sowie bei Hobby und Wellness nachgefragt. Wohnortnahe Angebote für Bildung, Kultur und Sport müssen erhalten bzw. geschaffen werden, um

älteren Menschen eine Teilhabe zu sichern, Geselligkeit zu ermöglichen, ihr Engagement zu fördern und ihre Abhängigkeit zu vermeiden.

3.2.1 Bildung

Das Alter ist durch große **Umbrüche** gekennzeichnet, **die von den älteren Menschen erhebliche Anpassungsleistungen erfordern:**

- die Auseinandersetzung mit dem propagierten Jugendlichkeitsideal und die Bewältigung eigener Einschränkungen,
- das Ausscheiden aus dem Berufsleben und die Verkleinerung des Haushaltes,
- die Anpassung an technische Neuerungen, neue Kommunikationsstile, Umgangsweisen, Konsummöglichkeiten und andere Herausforderungen,
- die Entdeckung neuer Aufgaben und Verantwortungsbereiche,
- die Erschließung der neuen, bis zu 30 Jahre lang dauernden Lebensphase,
- schließlich das Abschiednehmen von Freundinnen und Freunden, Partnerinnen und Partnern und die Auseinandersetzung mit der eigenen Sterblichkeit.

Das Gelingen dieser Anpassungsleistungen beeinflusst wesentlich den Status und die Gesundheit älterer Menschen. **Dafür ist Lernen und Bildung im Alter notwendig.**

Unsere Stadt bietet ein breites Spektrum an Bildungsmöglichkeiten (Büchereien; Volkshochschule; Bildungsangebote der Kirchen und des Gesundheitswesens; die Fachhochschule).

Um den Bedürfnissen älterer Menschen zu entsprechen und Barrieren, die ihre Teilnahme behindern, zu beseitigen, sind die Einrichtungen auf ihre Zugänglichkeit zu überprüfen.

Zwischen Bildung und bürgerschaftlichem Engagement besteht ein Zusammenhang:

Wird älteren Menschen mehr Einfluss auf die Gestaltung ihres Wohnumfeldes und auf städtische Entscheidungen ermöglicht, regt dies ihr Bildungsinteresse. Weiterbildung muss Möglichkeiten der Teilhabe schaffen, Eigeninitiative der Seniorinnen und Senioren stärken und Begegnung der Generationen ermöglichen.

Bildungsmaßnahmen dienen der **Kompetenzerweiterung für eine nachberufliche gesellschaftlich wichtige Tätigkeit** in sozialen Einrichtungen, in kirchlichen Gemeinden, im Gesundheitswesen, im Stadtteil, im ökologischen Bereich, in Initiativen oder in selbst organisierten Projekten.

Die Marktwirtschaft in der Seniorenarbeit erfordert mehr Verbraucherschutz und -bildung. Gesundheitsförderung und -prävention sind ohne Gesundheitsbildung nicht zu erreichen.

3.2.2 Angebote zum Engagement

Die heutigen Senioren (und verstärkt die künftigen) sind durch ein hohes Aktivitätsniveau geprägt. Sie wollen aktiv sein und sich engagieren. Deshalb muss die Altenarbeit neue Wege beschreiten. Aktive Senioren sind als Akteure für Stadtentwicklung und Lebensqualität vor Ort zu entdecken. Die Infrastruktureinrichtungen sind für die Mitarbeit der ‚ehrenamtlichen‘ Alten zu interessieren (Aufbau kommunaler Kooperationsstrukturen, Netzwerke). Dabei gilt es, das Ehrenamt mit der im vorherigen Berufsleben erworbenen Professionalität zu verknüpfen.

3.2.3 Internet

Die kompetente Nutzung vernetzter, multimedialer und interaktiver Informations- und Kommunikationstechnologien führt zu mehr Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben. Spezielle Computer-Kurse und Internet-Cafés sind geeignet, älteren Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu modernen Kommunikationswegen zu öffnen. Da die Kommunikation mit den jüngeren Familienmitgliedern ohne Internet lahm und da insbesondere bei eingeschränkter Mobilität der Computer den Zugang zur weiten Welt verschafft, sollte die Stadt Brandenburg eine Initiative **‚Fit im Kopf durchs Internet‘** starten.

3.2.4 Kultur

Die vielfältigen kulturellen Angebote in unserer Stadt durch das Brandenburger Theater, die Kirchengemeinden, die Stadtbibliothek, die städtischen Musikschulen und die Museen müssen erhalten und immer wieder neu durch Angebote für Seniorinnen und Senioren bereichert werden.

So eröffnen sich für die öffentlichen Kultureinrichtungen ebenso wie für die Kultur- und Freizeitwirtschaft neue ‚Geschäftsfelder‘.

3.2.5 Tourismus

Zum seniorenfreundlichen Image unserer Stadt zählt der Ausbau touristischer Angebote und Attraktionen auch für ältere Menschen. Diese Angebote müssen barrierefrei zugänglich sein.

Der ‚Nah-Tourismus‘ lebt von den ‚Grauhaarigen‘. Wir sehen sie täglich in der Innenstadt. Gleichzeitig bietet der ‚Tourismus 60plus‘ auch für Seniorinnen und Senioren neue Tätigkeitsfelder.

3.2.6 Sport

Sport dient der gesundheitlichen Prävention und der Rehabilitation. Er trägt zur Vermeidung von Vereinsamung und Isolation bei und steigert das Selbstwertgefühl älterer Menschen. Um die Zahl älterer Sporttreibender zu erhöhen, sollten die Sportvereine noch mehr altersspezifische Interessen berücksichtigen. Wohnortnahe Sportangebote, wie moderates Muskelaufbau- und Ausdauertraining, Sitzgymnastik, Entspannungstechniken und Bewegungsspiele, sind anzubieten.

Ältere Menschen, die ohne Verein in einer privat organisierten Gruppe Sport treiben wollen, sollten öffentliche Sportstätten nutzen dürfen. Öffentliche Gebäude wie Schulen und Kindergärten sollten - wenn sie zeitweise nicht für ihre eigentlichen Zwecke belegt sind - von Seniorinnen und Senioren genutzt werden dürfen. Auch ‚Familienspielplätze‘ für gymnastische Übungen oder Spiele wie Boccia würden großen Anklang finden.

3.3 Gesundheit, Hilfe und Pflege

Prävention und Rehabilitation genießen Priorität gegenüber der Pflege. Ambulante Hilfe gebührt Vorrang vor stationärer Versorgung. Hilfe im Alter muss wohnortnah erreichbar oder mobil sein. Sie ist möglichst aus einer Hand anzubieten. Die Gewährung von Hilfe sollte mit der Abfrage von eigenen Ressourcen und nachbarschaftlichen Gegenleistungen verbunden sein. Pflegende Angehörige brauchen Entlastung. Dazu müssen geeignete Instrumente und Vorgehensweisen entwickelt werden.

3.3.1 Gesundheit

Die Stadt Brandenburg steht vor der Herausforderung, ältere Menschen zu motivieren, bestehende Präventionspotenziale besser zu nutzen. Eine gesunde Lebensführung verhindert Erkrankungen und beeinflusst Krankheitsverläufe positiv. Gezielte Programme der Ernährungsberatung bzw. für eine gesunde Lebensführung tragen dazu bei, die soziale und gesundheitliche Situation älterer Menschen zu verbessern, die Lebensqualität im Alter zu steigern und die Aufwendungen des Gesundheitswesens zu senken. Hierzu gibt es in der Stadt Brandenburg schon viele Angebote der Ärzteschaft, der Krankenkassen und der Weiterbildungseinrichtungen. Das Zusammenspiel der Behandlung im Krankenhaus, der Rehabilitation und der Pflege, die Einrichtung von Gesundheitszentren und die Abstimmung der Medikation durch Apotheken sind wichtige seniorenwirtschaftliche Tätigkeitsfelder.

Mit der Hochaltrigkeit steigt in unserer Stadt die Zahl der Unterstützungs- und Pflegebedürftigen. Funktionseinschränkungen - insbesondere Herz-Kreislauf-Erkrankungen - nehmen zu. Zu deren Prävention sind gezielte Aufklärungskampagnen zu starten. Die Stadt sollte gemeinsam mit den Krankenkassen Projekte finanzieren, in denen untersucht wird, wie durch präventive Hausbesuche durch Pflegekräfte Pflegebedürftigkeit vorgebeugt bzw. rechtzeitig erkannt werden kann.

3.3.2 Demenz

Das Demenz-Risiko steigt mit zunehmendem Alter. So leidet im Alter zwischen 65 und 69 Jahren jeder Zwanzigste, zwischen 70 bis 75 Jahren jeder Zehnte und zwischen 80 und 90 Jahren schon fast jeder Vierte an einer Demenz. Rechnet man diese Durchschnittswerte auf die Stadt Brandenburg hoch, so dürften gegenwärtig mehr als 1.500 Personen demenzkrank sein, in 10 Jahren vermutlich 2.500.

Die Symptome der Demenz sind verschieden. Werden Symptome festgestellt, muss diagnostisch genau untersucht werden, welche Ursachen den geistigen Leistungsverlust und die Gedächtnisstörungen verursachen. Frühdiagnostik ist äußerst wichtig. Sie bringt den Betroffenen Gewissheit, eröffnet Behandlungsmöglichkeiten, um die Krankheit aufzuhalten und ihre Symptome zu mildern, und sie ermöglicht den Angehörigen, sich frühzeitig auf die Folgen der Erkrankung einzustellen.

In Brandenburg an der Havel gibt es mehrere Wohngemeinschaften ‚*Betreutes Wohnen für Menschen mit Demenz*‘ und Pflegedienste, die sich um Demenzerkrankte kümmern. Die im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof befindliche **„Beratungsstelle für Pflege und Demenz“**, bietet Dementen und deren Angehörigen kompetente Beratung, Unterstützung und Hilfe. Sie organisiert auch eine Selbsthilfegruppe für die Angehörigen Demenzerkrankter.

Angesichts der steigenden Zahl der Demenzerkrankungen und der damit verbundenen speziellen Probleme sollte die öffentliche Aufklärung über die unterschiedlichen Krankheitsbilder verstärkt und die Angehörigen und Betroffenen ermutigt werden, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen.

3.3.3 Selbsthilfegruppen

In Brandenburg an der Havel gibt es zur Zeit ca. 30 Selbsthilfegruppen mit den unterschiedlichsten Themen- und Problembereichen. Durch die Selbsthilfegruppen werden in unserer Stadt mehrere hundert Menschen direkt erreicht. Die Brandenburger Informations- und Kontaktstelle für Selbsthilfe (BIKS) ist der **Dreh- und Angelpunkt für die Selbsthilfgruppenarbeit**. Die BIKS berät und informiert, unterstützt die Gründung neuer Selbsthilfegruppen, vermittelt Kontakte zu bestehenden Gruppen, begleitet Gruppen in organisatorischen und inhaltlichen Fragen sowie bei der Öffentlichkeitsarbeit. Sie vermittelt Kontakte zu Fachleuten und kooperiert mit anderen Institutionen und Diensten.

3.3.4 Pflege

2011 wurden in der Stadt Brandenburg 2.309 Pflegebedürftige gezählt. Damit stieg deren Zahl gegenüber 2001 um gut ein Drittel. Dieser Trend setzt sich fort. Den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen offeriert der Pflegemarkt ein qualifiziertes Angebot. Hierzu zählen Einrichtungen der häuslichen Alten- und Krankenpflege, der Tages- und Kurzzeitpflege, der vollstationären Dauerpflege und der gerontopsychiatrischen Pflege für Demente.

Häusliche Pflege und ambulante Hilfen haben Vorrang vor stationärer Pflege.

Zur häuslichen Pflege gehören die hauswirtschaftliche Versorgung, die Grundpflege des Pflegebedürftigen und die Behandlungspflege (z. B. Medikamentenabgabe, Injektionen oder Verbandswechsel). Die Krankenkassen sollten prüfen, ob Leistungen wie psychosoziale Betreuung, Beaufsichtigung und Tagesstrukturierung, die zum Aufgabenkatalog der ambulanten Dienste gehören, finanziert werden können. In der **stationären Pflege** soll Wohnlichkeit und Intimität, Überschaubarkeit und Gemeinwesenorientierung gewährleistet sein.

Um den Pflegebedarf zukünftig professionell zu decken, ist eine **gute Ausbildung der Pflegekräfte** erforderlich. Die Attraktivität des Pflegeberufs muss verbessert werden, damit junge Leute bereit sind, ihn zu erlernen. Es ist aber auch dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Pflegekräfte so gestaltet wird, dass die qualifizierten Pflegekräfte ihrem Beruf treu bzw. der Stadt erhalten bleiben.

Pflegende Angehörige und ehrenamtlich Tätige brauchen eine qualifizierende Unterstützung und eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung. Sowohl die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, als auch Zurückstellung bei der Arbeitsvermittlung muss möglich sein.

Anhand der Erkenntnisse der örtlichen Beratungsstellen, der Krankenhausentlassdaten und der Befragung von Fachleuten sollte der **jährliche Demografiebericht über die Entwicklung des örtlichen Pflegemarktes informieren.**

4. Strukturelle Maßnahmen

Um Brandenburg zu einer generationensolidarischen und barrierefreien Stadt mit guten Lebensbedingungen für alle Generationen zu entwickeln, bedarf es des Zusammenwirkens von öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Trägern und Dienstleistern mit der Bürgerschaft.

4.1 Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe

Kommunale Seniorenpolitik hat die Aufgabe, für die ältere Bevölkerung Versorgungsstrukturen und Beteiligungsmöglichkeiten vorausschauend bereitzustellen und soziale Ungleichheit abzumildern. Sie muss im Rathaus zur Querschnittsaufgabe werden. Daher sollte eine **Stabsstelle bei der Oberbürgermeisterin** eingerichtet werden, die federführend ist bei der Umsetzung des ‚*Rahmenplans für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik*‘ und bei der Erstellung des jährlichen Demografieberichts. Sie koordiniert innerhalb der Stadtverwaltung die Seniorenarbeit als Querschnittsaufgabe und unterstützt das Zusammenwirken der Stadtverwaltung mit den freien und privaten Trägern der Seniorenwirtschaft. Sie ist Ansprechpartner für Initiativen, Organisationen und Verbände von Seniorinnen und Senioren.

4.2 Demografiebericht

Zur Planung und flexiblen Steuerung auch von seniorenbezogenen Aktivitäten ist jährlich ein Demografiebericht mit folgenden Kapiteln zu erstellen:

- Demografische Entwicklung
- Soziales und gesellschaftliches Engagement
- Wohnen
- Freizeit und Sport
- Gesundheitliche Versorgung und Pflege
- Auflistung der sozialen und medizinischen Einrichtungen und Dienste.

Der jährliche Demografiebericht basiert auf der Auswertung entsprechender Daten, auf den Bilanzen und der qualitativen Befragung der wichtigsten Akteure. An seiner Erstellung beteiligen sich alle Bereiche der Verwaltung, aber auch Fachleute der Seniorenarbeit und -wirtschaft sowie der Seniorenbeirat der Stadt als die Interessenvertretungen der älteren Menschen.

Der jährliche Demografiebericht wird den fachlichen Diskurs anregen und bei den städtischen Planungen berücksichtigt. Die Maßnahmeplanung und die jährliche Bilanz werden der SVV Brandenburg und ihren Ausschüssen sowie den Beiräten der SVV vorgelegt.

4.3 Städtische Seniorenberatungsstelle

Die Differenziertheit der Lebenslagen älterer Menschen und die Vielfalt der Angebote erfordern eine eingehende bedarfsgerechte, gut erreichbare und umfassende Beratung.

Daher ist im ‚*Haus der Begegnung*‘ eine ‚Städtische Seniorenberatungsstelle‘ einzurichten.

Die ‚Städtische Seniorenberatungsstelle‘

- informiert, berät, vermittelt und führt hierfür erforderlichenfalls Hausbesuche durch,
- kooperiert mit dem Pflegestützpunkt, den öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Trägern sowie mit dem Seniorenbeirat,
- versteht sich als trägerunabhängige Koordinierungsstelle und als Ort, wo ältere Menschen auch Beschwerden artikulieren können,
- dient als Lotse zu weitergehenden Hilfeeinrichtungen,
- veröffentlicht vierteljährlich eine Übersicht über die Hilfsangebote für Seniorinnen und Senioren.

Sie hat öffentliche Sprechstunden. Zusätzlich bedient sie **ein Seniorentelefon** für Ratsuchende. Dies wäre für ältere Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, eine große Hilfe.

4.4 Seniorenwirtschaft

Die Generation ‚60 plus‘ ist eine wichtige Konsumentengruppe. Das momentan vorhandene Angebot an Produkten und Dienstleistungen entspricht nicht vollständig deren Bedarf. Die Erfahrungen der Seniorenverbände und der städtischen Beratungsstellen sollten genutzt werden, um den differenzierten Bedarf und die Präferenzen älterer Menschen zu erkennen und die Seniorenwirtschaft zu einem entsprechenden Angebot anzuregen. Um das zu erreichen, sollten **regelmäßige Gesprächsrunden** - bestehend aus Vertretern der Seniorenarbeit, der Stadtverwaltung und der Seniorenwirtschaft - stattfinden, die von den Vorsitzenden des Seniorenbeirates in enger Abstimmung mit der kommunalen Wirtschaftsförderung moderiert werden.

4.5 Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg

Die zukunftsorientierte Ausrichtung der Seniorenpolitik in der Stadt Brandenburg muss unter Mitwirkung der Akteure geschehen, die näher an den Problemen und Entwicklungen dran sind als Politik und Verwaltung. Auch diesem Zweck dient der Seniorenbeirat der Stadt Brandenburg. Er ist die **unabhängige Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren**. Zur Abstimmung der Seniorenpolitik und um Synergien zu erzeugen bildet der Seniorenbeirat mit den zuständigen Ämtern der Stadtverwaltung **„Runde Tische“** mit den Trägern der Sozialarbeit. Vor allem aber unterstützt er die Interessen der Seniorenverbände und -organisationen bei der Partizipation und bei allen dem Wohle der älteren Menschen dienenden Initiativen.

4.6 Brandenburg ist die Stadt für alle Generationen

Wir Brandenburgerinnen und Brandenburger dürfen die Erfordernisse, die mit dem demografischen Wandel auf uns zukommen, nicht als Last sondern als Chance ansehen, die von der Stadtverwaltung und den Ehrenamtlern mit Kreativität und Professionalität genutzt wird. Die Stadtverwaltung muss über die Stadtgrenzen hinaus schauen, um in anderen Städten Beispiele ‚guter Praxis‘ zu finden, die auf die Stadt übertragen werden können. Gelingt ihr dies, dann wird sie verstärkt durch das generationenübergreifende bürgerschaftliche Engagement unterstützt, sodass wir stolz sagen können: **„Brandenburg ist die Stadt für alle Generationen.“**